

ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Durée: 6 heures

Analysez et commentez, **en allemand**, les six documents suivants :

DOCUMENT 1

Deutschland als Drückeberger

(...)

Während der Eurokrise hat Deutschland bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Europa unangefochten die Führung übernommen. Dafür waren sowohl die Stärke seiner Wirtschaft als auch seine Position als gefragter Geldgeber ausschlaggebend.

5 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen hingegen bestimmen Großbritannien und Frankreich traditionell die Tagesordnung der EU. Die Krise in der Ukraine könnte jedoch dazu führen, dass Deutschland auch in diesem Bereich die Führung übernimmt.

10 Deutschland hat ein besonderes Verhältnis zu Russland, liegt nicht weit von der Ukraine entfernt und unterhält enge wirtschaftliche Beziehungen zu beiden. Unterdessen ist Frankreich mit zwei Kriegen in Afrika beschäftigt, während Großbritannien durch seine europafeindliche innenpolitische Debatte und die im Gefolge der Einsätze in Afghanistan und Irak aufgekommene Angst vor außenpolitischen Verstrickungen die Hände gebunden sind.

15 Doch Deutschland wird daraus nicht als Leitnation der EU-Außenpolitik hervorgehen, ohne einige der Schwächen zu überwinden, die ihm im Weg stehen. Bundespräsident Joachim Gauck benannte in seiner wichtigen Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar zwei spezifische Probleme: Deutschland neige dazu, sich einiger der Aufgaben zu entziehen, die andere westliche Mächte wahrgenommen hätten, und es mangle ihm an strategischem Denken. Ein drittes Problem sprach Gauck nicht direkt an: Außenpolitik ist in Deutschland stärker kommerziell motiviert als in manch anderem EU-Staat.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs war Deutschland verständlicherweise an einer eher wirtschaftspolitisch als strategisch ausgerichteten Außenpolitik interessiert und nicht gewillt, in anderen Teilen der Welt militärisch einzuschreiten. Diese Haltung war zwar bemerkenswert langlebig, aber die diversen Bundeskanzler der Nachkriegszeit hatten auch eigene Prioritäten.

20 Gerhard Schröder, Bundeskanzler von 1998 bis 2005, versuchte mithilfe seines Außenministers Joschka Fischer, Deutschland im Umgang mit Sicherheitskrisen "normaler" zu machen. So beteiligten sich deutsche Truppen an der Bombardierung Serbiens und Kosovos durch die NATO, schlossen sich der NATO-Mission in Afghanistan an und leisteten ihren Dienst als Hüter des Friedens in vielen Teilen der Welt.

25 Unter Angela Merkel jedoch wurde die Außenpolitik zurückhaltender, vor allem unter dem interventionsscheuen Außenminister Guido Westerwelle von 2009 bis 2013. Dieser Wandel mag Spiegel der mangelnden Begeisterung der Bevölkerung über den Aktionismus des Duos Schröder/Fischer und den US-geführten Einmarsch in Irak gewesen sein. So schloss sich Deutschland während der Libyen-Krise 2011 Russland und China an, die sich bei der Abstimmung über eine (von den USA, Großbritannien und Frankreich unterstützten) Resolution des UN-Sicherheitsrats enthielten, die den Einsatz von Gewalt ermöglichen sollte.

30 In seiner Münchner Rede vertrat Gauck – unterstützt durch die späteren Ansprachen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – die Auffassung, Deutschlands Außenpolitik solle mehr wie die anderer Staaten sein. Der Bundespräsident sagte, wenn andere Deutschland als Drückeberger ansähen, hätten sie nicht immer ganz unrecht. Er rief die Deutschen zur Bereitschaft auf, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.

35 Er wies darauf hin, dass Deutschland von der offenen Ordnung der Welt profitiert habe und warnte, dass "die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens [...] – manchmal sogar gravierender" sein könnten. Er sagte, Deutschland sollte dazu bereit sein, Geld auszugeben und im äußersten Fall Soldaten zu entsenden. Ferner stellte er fest, dass es "jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken". Die Deutschen, so sagte er, sollten für sich keine eigenen Regeln machen.

40 Vielen ausländischen Beobachtern sagte er damit nichts Neues.

Deutschland trägt weniger zur europäischen Sicherheit bei als Großbritannien oder Frankreich. So gab es 2013 1,4 Prozent

seines BIP für Verteidigungsaufgaben aus, verglichen mit 1,9 Prozent in Frankreich und 2,3 Prozent in Großbritannien. (...) Für NATO- und EU-Missionen in Afghanistan, Bosnien, Kosovo und Mali stellt Deutschland zahlreiche Friedenstruppen und Ausbilder, doch unterliegt deren Einsatz einer Reihe von Vorbehalten, die ihrer Wirksamkeit oft hinderlich sind. So konnten deutsche Soldaten und Flugzeuge, die im Norden Afghanistans stationiert waren, weder Offensiveinsätze durchführen noch den NATO-Bündnispartnern helfen, die im unruhigeren Süden kämpfen. Frankreich und Großbritannien sind grundsätzlich eher bereit, ihre Soldaten den Gefahren, die mit einem militärischen Einsatz verbunden sind, auszusetzen (wobei man sagen muss, dass 54 deutsche Soldaten in Afghanistan gefallen sind).

Charles Grant [Direktor des Centre for European Reform (CER)], Außenansicht : « Ein Drückeberger - strategisch schwach und merkantilistisch! », Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken, 30. Mai 2014, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 2014. (<http://www.review2014.de/de/aussensicht/show/article/ein-drueckeberger-strategisch-schwach-und-merkantilistisch.html>)

DOCUMENT 2

Wir sollten Vertrauen zu uns selbst haben

(...)

In Ihrer Europa-Rede haben Sie gesagt, wir brauchten weniger Bedenkenträger und mehr Bannerträger. Sind Sie der erste oder letzte Europäer an der Spitze des Staates?*

Ich bin weder das eine noch das andere. Aber eins steht fest: Ich bleibe bis zuletzt Europäer, und zwar gerade weil ich Deutscher bin. Die Menschen, die Krieg und Nachkriegszeit in Europa erlebt haben, müssen einfach Europäer sein. So wird es wohl die Mehrheit der Menschen meiner Generation empfinden. Wir alle merken aber in den letzten Jahren: Viele Menschen in Europa haben Angst, ihre nationale Identität zu verlieren. Sie fürchten sich vor einem europäischen Bundesstaat. Es existiert ein mentales Innehalten im Prozess weiterer oder vertiefter Vereinheitlichung. Aber wir sollten auch bedenken: Der Euro kann schwerlich ohne mehr Gemeinsamkeiten in der Finanzpolitik bestehen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme einiger Länder bedürfen langfristiger, gesamteuropäischer Antworten. Und gegenüber globalen terroristischen und militärischen Bedrohungen kann es nur eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben.

Das heißt, auf Deutschland kommt zusätzliche militärische Verantwortung zu?

Vor 1990 konnte ich mir kaum vorstellen, dass Deutsche an Militäreinsätzen teilnehmen. Heute sehe ich das differenzierter. Ich habe vor Jahren mit Ignatz Bubis, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, über das deutsche Engagement auf dem Balkan debattiert. Ich war damals wegen der deutschen Vergangenheit im Zweifel. Bubis aber sagte, gerade wegen Auschwitz müsse sich Deutschland auf dem Balkan engagieren. Was er damit meinte, war, dass man auch durch Fernbleiben schuldig und seinen Grundsätzen untreu werden kann. Ich habe dieses Argument damals verstanden und ich verstehe es heute noch besser.

Vor allem wir älteren Deutschen sind zu Recht selbstkritisch erzogen. Dieser selbstkritische Diskurs darf uns allerdings nicht hindern, Verantwortung zu übernehmen - und zwar auf ganz unterschiedlichen politischen Feldern. Bei fast all meinen Auslandsbesuchen oder bei Gesprächen mit internationalen Gästen habe ich den Eindruck: Die Erwartungen an Deutschland sind groß. Das betrifft längst nicht nur Erwartungen an potentielle militärische Beiträge zur Befriedung von Konflikten, sondern auch Erwartungen an politische und wirtschaftliche Initiativen. Seit über sechzig Jahren werden bei uns nun Menschen- und Bürgerrechte eingehalten. Wir haben einen stabilen Rechtsstaat. Seit Jahrzehnten leben wir in Frieden mit unseren Nachbarn. Das ist ein gigantischer Erfahrungsschatz, den es in der deutschen Geschichte noch niemals gegeben hat und der uns doch eigentlich ein Vertrauen zu uns selbst erlaubt. Deshalb genießt Deutschland in sehr vielen Ländern großen Respekt. Aber: Wie sehen wir selbst Deutschlands Rolle in der Welt? Mit dieser Frage möchte ich mich nächste Woche auch in meiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz befassen. Und diese Frage wird uns, da bin ich sicher, die nächsten Jahre immer wieder beschäftigen.

Was heißt das denn für die Realpolitik? Beteiligung an der Befriedung Syriens? War die Weigerung, am Irak-Krieg teilzunehmen, falsch?

Lassen Sie mich, statt über einzelne, konkrete Fälle zu sprechen, generell sagen: Nur in ganz besonderen Situationen und unter sehr engen Voraussetzungen ist militärisches Eingreifen legitim oder gar erforderlich. Ob diese Situationen und diese Voraussetzungen vorliegen, bedarf jeweils gründlicher Diskussion. Und die Entscheidung im Einzelfall wird immer sehr schwierig sein. Schuldig werden kann man in beiden Fällen: sowohl im Fall des militärischen Eingreifens wie auch im Fall der militärischen Enthaltung.

In diesem Jahr jährt sich zum hundertsten Mal der Beginn des Ersten Weltkrieges. Es werden Parallelen zum heutigen Europa gezogen.

Ich sehe diese Parallelen nicht. Die Lage in Europa ist heute zum Glück völlig anders als vor hundert Jahren. 1914 erschien vielen ein Krieg als erneuerndes, manchen sogar als läuterndes Element in einer morbiden Gesellschaft. Heute, nach den Erfahrungen von zwei Weltkriegen, sind Krieg und die Drohung mit Krieg aus der Politik der Europäischen Union verschwunden. Gibt es Konflikte, so werden sie im Dialog gelöst. Zudem wurden nach dem Ersten Weltkrieg die großen übernationalen Imperien gesprengt und neue Nationalstaaten errichtet. Nationalismus war verbreitet, in Deutschland führte er zu nationalistischer Hybris, die zu einem Ende mit bitterstem Schrecken führte. Heute suchen die Nationalstaaten im Prozess der europäischen Einigung nach immer engerer Gemeinschaft. Und die Völker sind sich ihrer nationalen Prägungen bewusst, ohne sie in aggressive Strategien umzusetzen.

« Wir sollten Vertrauen zu uns selbst haben – Ein Gespräch mit Bundespräsident Joachim Gauck », *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. Januar 2014.

*Europa-Rede : erste europapolitische Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck. Sie wurde am 22. Februar 2013 in Schloss Bellevue gehalten.

DOCUMENT 3

Die ersten Stunden des Krieges von 1914

Am nächsten Morgen in Österreich! In jeder Station klebten die Anschläge, welche die allgemeine Mobilisation angekündigt hatten. Die Züge füllten sich mit frisch eingerückten Rekruten. Fahnen wehten. Musik dröhnte, in Wien fand ich die ganze Stadt in einem Taumel. Der erste Schrecken über den Krieg, den niemand gewollt, nicht die Völker, nicht die Regierung, diesen Krieg, der den Diplomaten, die damit spielten und blufften, gegen ihre eigene Absicht aus der ungeschickten Hand gerutscht war, war umgeschlagen in einen plötzlichen Enthusiasmus. Aufzüge formten sich in den Straßen, plötzlich loderten überall Fahnen, Bänder und Musik, die jungen Rekruten marschierten im Triumpf dahin, und ihre Gesichter waren hell, weil man ihnen zujubelte, ihnen, den kleinen Menschen des Alltags, die sonst niemand beachtet und gefeiert. (...)

Die Generation von heute, die nur den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mitangesehen, fragt sich vielleicht: warum haben *wir* das nicht erlebt? Warum loderten 1939 die Massen nicht mehr in gleicher Begeisterung auf wie 1914? Warum gehorchten sie dem Anruf nur ernst und entschlossen, schweigsam und fatalistisch? Galt es nicht dasselbe, ging es eigentlich nicht noch um mehr, um Heiligeres, um Höheres in diesem unseren gegenwärtigen Kriege, der ein Krieg der Ideen war und nicht bloß einer um Grenzen und Kolonien?

Die Antwort ist einfach: weil unsere Welt von 1939 nicht mehr über so viel kindlich-naive Gläubigkeit verfügte wie jene von 1914. Damals vertraute das Volk noch unbedenklich seinen Autoritäten; niemand in Österreich hätte den Gedanken gewagt, der allverehrte Landesvater Kaiser Franz Joseph hätte in seinem vierundachtzigsten Jahr sein Volk zum Kampf aufgerufen ohne äußerste Nötigung, er hätte das Blutopfer gefordert, wenn nicht böse, tückische, verbrecherische Gegner den Frieden des Reichs bedrohten. Die Deutschen wiederum hatten die Telegramme ihres Kaisers an den Zaren gelesen, in denen er um den Frieden kämpfte; ein gewaltiger Respekt vor den »Oberen«, vor den Ministern, vor den Diplomaten und vor ihrer Einsicht, ihrer Ehrlichkeit beseelte noch den einfachen Mann. Wenn es zum Kriege gekommen war, dann konnte es nur gegen den Willen ihrer eigenen Staatsmänner geschehen sein; sie selbst konnten keine Schuld haben, niemand im ganzen Lande hatte die geringste Schuld. Also mußten drüben im anderen Lande die Verbrecher, die Kriegstreiber sein; es war Notwehr, daß man zur Waffe griff, Notwehr gegen einen schurkischen und tückischen Feind, der ohne den geringsten Grund das friedliche Österreich und Deutschland »überfiel«. 1939 dagegen war dieser fast religiöse Glaube an die Ehrlichkeit oder zumindest an die Fähigkeit der eigenen Regierung in ganz Europa schon geschwunden. Man verachtete die Diplomatie, seit man erbittert gesehen, wie sie in Versailles die Möglichkeit eines dauernden Friedens verraten; die Völker erinnerten sich zu deutlich, wie schamlos man sie um die Versprechungen der Abrüstung, der Abschaffung der Geheimdiplomatie betrogen. Im Grunde hatte man 1939 vor keinem einzigen der Staatsmänner Respekt, und niemand vertraute ihnen gläubig sein Schicksal an. Der kleinste französische Straßenarbeiter spottete über Daladier*, in England war seit München – »peace for our time!« – jedes Vertrauen in die Weitsicht Chamberlains* geschwunden, in Italien, in Deutschland sahen die Massen voll Angst auf Mussolini und Hitler: wohin wird er uns wieder treiben? Freilich, man konnte sich nicht wehren, es ging um das Vaterland: so nahmen die Soldaten das Gewehr, so ließen die Frauen ihre Kinder ziehen, aber nicht mehr wie einst in dem unverbrüchlichen Glauben, das Opfer sei unvermeidlich gewesen. Man gehorchte, aber man jubelte nicht. Man ging an die Front, aber man träumte nicht mehr, ein Held zu sein; schon fühlten die Völker und die einzelnen, daß sie nur Opfer waren entweder irdischer, politischer Torheit oder einer unfäßbaren und böswilligen Schicksalsgewalt.

Stefan Zweig, *Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers* (1942), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2012 (Erstausgabe: Bermann-Fischer Verlag, Stockholm 1942).

*Edouard Daladier war französischer Kriegsminister. Mit dem britischen Premierminister Neville Chamberlain unterzeichnete er das Münchner Abkommen vom 30. September 1938, aus dem die Abtretung des Sudetengebiets an das Deutsche Reich hervorging, und verteidigte damit die englische Appeasement-Politik.

DOCUMENT 4

Die Idee des gerechten Krieges

Der Libyen-Einsatz wirft eine alte Frage wieder auf: Kann ein Krieg gerecht sein?

Wann ist es legitim, Krieg gegen einen souveränen Staat zu führen, wenn es sich dabei nicht um einen Verteidigungskrieg handelt? Heute, da Nato-Kampffjets das Militär eines souveränen Staates beschießen, ist diese Frage besonders brisant; diskutiert aber wird sie schon seit Jahrtausenden.

Noch für Cicero war ein gerechter Krieg – *bellum iustum* – ein Verteidigungskrieg. Erst christliche Theoretiker wie Augustinus und Hostiensis entwickelten die Idee, dass gerechte Kriege auch aus anderen Gründen geführt werden könnten, etwa als Instrument der Christianisierung. Aus der Zeit der Kreuzzüge entstammt das schlechte Ansehen der Idee, Krieg im Namen des Guten zu führen.

In der Renaissance dann entstand das Konzept des gerechten Krieges aus humanitären Motiven. Der spanische Rechtsphilosoph Francisco de Vitoria forderte in seinen Vorlesungen zur Entdeckung Amerikas von 1539, die Menschenopfer der Azteken durch ein europäisches Einschreiten zu beenden.

Vitoria gilt heute als geistiger Vater der Vereinten Nationen. Für ihn bestand ein Verantwortungszusammenhang der Menschheit, der nicht an den Grenzen eines Staats halt macht. Das wesentliche Kriterium des gerechten Kriegs ist für ihn eine Unrechtmäßigkeit, die eine Zivilbevölkerung erleidet – etwa, wenn ihr das Recht auf körperliche Unversehrtheit genommen wird oder ihre ökonomische und politische Teilhabe am Gemeinwesen. Wenn ein solches Unrecht systematisch ist, etwa weil eine Regierung den Bürgern grundsätzlich die politische und ökonomische Teilhabe verweigert, ist es nach Vitoria Pflicht, diese Regierung von außen zu stürzen.

Das war schon damals eine gefährlich offene Definition. Vitoria schränkte sie zwar ein: Ein gerechter Krieg dürfe ausschließlich dazu dienen, Unrecht zu beheben. Es dürfe die Macht der Akteure nicht vergrößern. Dennoch wurden seine Argumente schon zu seinen Lebzeiten kritisiert, da sie dazu dienten, den spanischen Kolonialismus in Lateinamerika zu rechtfertigen.

In den Jahrhunderten nach Vitoria mehrten sich in Europa Zweifel, die er selbst schon angeführt hatte: Kann ein Krieg nicht auch von beiden Seiten aus als gerecht begründet werden? Besonders die konfessionellen Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts führten die Idee eines einseitig gerechten Kriegs ad absurdum. Katholische und protestantische Mächte nahmen für sich in Anspruch, ihren Anhängern in den Territorien der verfeindeten Konfession beizustehen.

Aus den bitteren Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges entwickelte sich die Ordnung des Westfälischen Friedens von 1648: Ein internationales System souveräner Staaten, die sich die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten verboten. Der Verteidigungskrieg wurde in den Augen der meisten die einzige Form des legitimen Kriegs.

Seither wird das Prinzip der Nicht-Einmischung von vielen vertreten. Auch Kant wies in seiner Friedensschrift von 1795 darauf hin, dass die humanitäre Intervention kein geeignetes Mittel sei, um den Weltfrieden zu erreichen. Die Idee eines gerechten Kriegs setze eine Rechtsordnung voraus, die über dem Einzelstaat stehe. Die aber gebe es nicht. (...)

Johannes Thumfart, « Die Idee des gerechten Krieges », *Die Zeit Online*, 1. April 2011

DOCUMENT 5

Auftrag Weltmacht

(...) Von Joachim Gauck bis zu den Ministern Ursula von der Leyen und Frank-Walter Steinmeier – sie alle haben auf diesem Forum [die Münchener Sicherheitskonferenz 2014] das Mandat der globalen Zuständigkeit reklamiert. Deutschlands Auftrag soll fortan die ganze Welt sein, und wenn das nicht reicht, dann Afrika. „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“, sagt der sozialdemokratische Nachfolger von Guido Westerwelle. Als der damalige Bundespräsident Horst Köhler 2010 das Handlungsbedürfnis „eines überdurchschnittlich globalisierten Landes“ (Gauck) ähnlich beschrieb und meinte, dass „auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren“, musste er gehen. Keinem der heutigen Anwälte des neoimperialen Nachzüglers wird Gleiches widerfahren.

Die Botschaft von München lautet: Niemals wieder darf es einen 17. März 2011 geben, als sich Deutschland der Stimme enthielt, während der UN-Sicherheitsrat ein Flugverbot über Libyen dekretierte. Im Nachhinein könnte man sagen, in weiser Voraussicht blieb man neutral. Schließlich wurde die UN-Resolution 1973 von der NATO als Vorwand für eine Intervention aus der Luft und den von außen forcierten *regime change* missbraucht. Wer aber glaubte, die deutsche Position verdanke sich der Überzeugung, ein solcher Bruch des Völkerrechts beschädige dessen Wert, der verwechselte Verhalten mit Haltung. Die Ziele der Operation Gaddafi-Sturz teilte Berlin durchaus, nur nicht die Risiken, innenpolitischer Unwägbarkeiten wegen.

- 15 Ähnlich lavierte Angela Merkel, als die US-Regierung im September 2013 zum Militärschlag gegen Syrien rüstete. Die Kanzlerin erklärte zwar, wenn die Assad-Armee Chemiewaffen einsetze, müsse das Konsequenzen haben. Nur welche sagte sie nicht. Obamas Angriffspläne wurden weder unterstützt noch verworfen, geschweige denn erwähnt. Merkel ignorierte, was sie nicht kommentieren wollte, und wirkte wie ein Phantom, das so lange durch eine Parallelwelt geistert, bis sich in der realen die Gemüter beruhigen. Sie lieferte ihr Meisterstück für eine Außenpolitik nach Gefühl und Gemenge ab, die eine in Deutschland verbreitete Skepsis gegenüber eilfertigen Interventionismus reflektiert.
- 20 Nur, wer derart auf Sicht navigiert statt mit Road Map und Kompass, zeigt wenig strategisches Format. Der setzt auf taktische Vorsicht, um die Folgen von allzu viel Wagemut einzugrenzen. Besonders gilt das für die schwer zu verschmerzenden, im öffentlichen Bewusstsein nachwirkenden eigenen Toten. 54 deutsche Soldaten sind in Afghanistan umgekommen – und trotzdem soll Angela Merkel nun Kanzlerin einer militärischen Großmacht werden? Weil man sich einer bisherigen Kultur der Zurückhaltung schämt? Welcher Zurückhaltung? Bei derzeit 18 Auslandsmissionen der Bundeswehr mit 5.200 Soldaten, die
- 25 von Nordafrika bis Zentralasien disloziert sind? Geht es demnächst auch nach Somalia und Darfur, in den Südsudan oder in das als Chaos-Staat zurückgelassene Libyen, um den Menschenrechten zu dienen? Es soll schließlich „idealistisch-wertorientiert“ gehandelt werden, wie uns Gauck und von der Leyen versichern. Auf einmal scheint das Dominospiel nicht mehr so recht im Fluss. Es geht um den fälligen Stein: die eigene Gesellschaft. Wer hat in München danach gefragt, was sie davon hält, für eine Sicherheitspolitik in Haftung genommen zu werden, die hoch hinaus will und Opfer kostet? Wie soll
- 30 Akzeptanz erkaufte werden, wenn Merkel die Geisterfahrten verwehrt bleiben? Durch die Zusicherung, dass die Risiken neuer Militärmissionen nicht steigen, während die Hemmschwelle sinkt, die uns bisher davon abgehalten hat?
- Das hieße, mehr denn je den asymmetrischen Krieg zu suchen, der nicht mit Panzern, sondern Drohnen geführt wird, so dass technologische Überlegenheit den Gegner bricht, Unbeteiligte tötet und jenen Widerstand entfacht, der ebenfalls asymmetrisch daher kommt – mit der Gegenmacht des Terrors. Und dafür will Deutschland „mehr Verantwortung übernehmen“? Nach dem
- 35 3. Oktober 1990 wurde es zur außenpolitischen Normalität, sich an Weltordnungskriegen zu beteiligen. Offenbar ist es inzwischen eine Frage der außenpolitischen Identität, bei diesen Feldzügen eine Führungsmacht zu sein.

Lutz Herden, « Auftragweltmacht », der Freitag Nr. 06/14, 6. Februar 2014

DOCUMENT 6

Das Gerede vom Krieg

- Mein Vater hatte eine Narbe aus dem Krieg. Ein Granatsplitter hatte seinen Unterarm durchschlagen. Auf der Vorderseite war der Splitter in den Arm eingedrungen und auf der Rückseite ausgetreten. Als Kinder haben wir die Krater gesehen und erst viel später verstanden: Er hatte den linken Arm um einen Baum gelegt und dann die Granate gezündet. An der Ostfront war er schon. Er wollte nicht noch weiter. Mein Vater war ein mutiger Mann: Man hätte ihn für diese Tat erschießen können.
- 5 Wir müssen nicht in Geschichtsbücher gucken, um zu wissen, dass General Sherman recht hatte, als er sagte: "Der Krieg ist die Hölle." Er hatte im amerikanischen Bürgerkrieg die Stadt Atlanta niedergebrannt. Er wusste, wovon er sprach. Und wir wissen es, wenn wir uns erinnern.
- Aber vor kurzem hat Außenminister Steinmeier gesagt, Deutschland sei "zu groß, um die Weltpolitik nur zu kommentieren". Und Verteidigungsministerin von der Leyen fand: "Wir können nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an
- 10 der Tagesordnung sind." Jetzt hat Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz noch einen drauf gesetzt und verkündet, Deutschland solle sich "früher, entschiedener und substantieller einbringen". Diese Politiker gebrauchen das Wort Krieg nicht. Aber nichts anderes ist gemeint, wenn Steinmeier von "tätiger Außenpolitik" spricht und Gauck die Deutschen auffordert, "sich der Welt zuzuwenden".
- 15 Vor der Wahl haben sie so nicht geredet, weil sie wissen, dass die Wähler das alles nicht wollen. Sie haben den Kurswechsel, den sie zweifellos schon länger planen, nicht angekündigt. Das ist dreist. Und es ist doppelter Unsinn. Diesem Denken liegt eine überkommene Vorstellung von Sicherheit und Verantwortung zugrunde. Und von deutschem Isolationismus kann längst keine Rede mehr sein.
- Kambodscha, Georgien, Kosovo, Afghanistan, überall sind deutsche Soldaten seit der Wiedervereinigung zu Tode gekommen. Der Einsatz in Afghanistan, der bald zu Ende geht, war der größte und teuerste der Bundeswehr - was Menschen, Material und
- 20 Mittel angeht. Und dieser Einsatz war vollkommen sinnlos. Korruption, Islamismus, Stammesherrschaft, alles, was der Westen dort bekämpfen wollte, wird sich wieder ausbreiten, sobald die Isaf-Truppen abgezogen sind.
- Wofür also ist der Hauptgefreite Sergej Motz gestorben, der dort am 29. April 2009 um 19.10 Uhr von einer Panzerfaust getroffen wurde? Der erste deutsche Soldat nach dem Zweiten Weltkrieg, der im Gefecht sein Leben verlor. Und all die anderen nach ihm. Im Afghanistan-Krieg starben 54 deutsche Soldaten und Polizisten, davon 36 im Kampf.
- 25 Meinte der Außenminister diese Toten, als er vom "kommentierenden" Deutschland sprach? Und findet der Bundespräsident, das Opfer dieser Männer nicht "entschieden und substantiell" genug? Glauben die beiden denn, eine größere Zahl von Soldaten - und von Opfern auf beiden Seiten - hätte das afghanische Blatt wenden können? Sie reden neuen Einsätzen das Wort, aber haben nicht den Mut zuzugeben, dass dieser Krieg verloren ging. Andererseits: Wie hätte ein "Sieg" in Afghanistan überhaupt aussehen sollen?

30 Die Deutschen sind mit großer Mehrheit gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr. Sie haben besser verstanden als ihr im
Gestern verhafteter Präsident und als ihr auf Aktionismus drängender Außenminister, dass die kulturellen Konflikte der
Gegenwart mit Waffen nicht zu lösen sind.
Immerhin konnten sich Gauck, Steinmeier und von der Leyen des Beifalls der außenpolitischen Medienelite sicher sein. Über
das "deutsche Ohnmachteltum" klagte der Außenpolitik-Chef der "Welt". Den Vorwurf der "defensiven Bequemlichkeit"
35 erhob der Kollege von der "Süddeutschen Zeitung".

Denn in vielen Redaktionen sitzen Journalisten, die ihren Job wie Nato-Pressesprecher verstehen. Diese Leute treffen sich auf
der Sicherheitskonferenz in München, bei der Atlantik-Brücke, beim American Council on Germany, oder bei der Deutschen
Atlantischen Gesellschaft. In diesen Kreisen ist man sich einig, dass die Zeit der "Zurückhaltung" ein Ende haben müsse. Der
40 deutsche Beitrag zu militärischen Interventionen seit dem Fall der Mauer reicht diesen Leuten noch lange nicht. Mehr Stahl,
mehr Fleisch! Warum? Damit sie sich endlich auf internationalem Parkett ebenbürtig fühlen.
Auf einmal wird klar, was dieses Land an seinem Außenminister Guido Westerwelle hatte, der für eine "Kultur der
militärischen Zurückhaltung" stand und der dafür nun von den Zeitungen gescholten wird.
Die Propheten des außenpolitischen Wandels geben vor, es gehe ihnen um Verantwortung und Sicherheit. Aber Verantwortung
definiert sich nicht militärisch, und Sicherheit hat heute eine andere Bedeutung als früher.
45 Nichts bedroht unsere Sicherheit gegenwärtig mehr als der Verlust an Autonomie über unsere Daten: Geld, Identität, Macht,
alles steht dabei auf dem Spiel. Aber so viel Verantwortung wollen Gauck, Steinmeier und von der Leyen lieber doch nicht
übernehmen.
Und auch eine andere Gelegenheit, sich verantwortlich zu erweisen, ließ die Bundesregierung gerade vorüberziehen: Einen
Tag nach Gaucks Rede meldete der SPIEGEL, dass der Export von mehr als hundert Patrouillen- und
50 Grenzüberwachungsbooten nach Saudi-Arabien mit einer Bürgschaft von rund 1,4 Milliarden Euro unterstützt werden soll.
Ausdrücklich wird auf die "hohe beschäftigungspolitische Bedeutung" des Deals hingewiesen.
Das Schlimmste ist die Heuchelei.

Jakob Augstein, « Das Gerecke vom Krieg », *Der Spiegel Online*, 3. Februar 2014.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-ueber-den-einsatz-von-soldaten-der-bundeswehr-im-ausland-a-950725.html>